

## B E S C H L U S S

aus der 1. Sitzung  
des Haupt - und Finanzausschusses  
am Donnerstag, 16.01.2014

---

### öffentliche Tagesordnungspunkte

#### **2. Entwurf der Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan und Anlagen der Stadt Grünberg für das Haushaltsjahr 2014 VL-197/2013**

Frau Otto schlägt vor, den Entwurf der Haushaltssatzung 2014 mit dem Haushaltsplan und den Anlagen in der gewohnten Weise zu beraten. Sie werde hierzu die einzelnen Seiten aufrufen, Fragen oder Anträge können bei Bedarf jederzeit gestellt werden.

### Haushaltssatzung

Herr Biedenkapp beantragt zu § 7 der Haushaltssatzung, als Grenze für überplanmäßige Ausgaben wieder die seitherigen Beträge von 7.500 EURO bzw. 15.000 EURO zu beschließen.

Bürgermeister Ide plädiert für eine Beibehaltung der Beträge von 15.000 EURO bzw. 30.000 EURO. Hierdurch sei eine gewisse Flexibilität gegeben. Außerdem sei durch die 25 %-ige Regelung eine Deckelung gegeben.

Frau Wolf schließt sich dem Antrag des Herrn Biedenkapp an.

### Abstimmungsergebnis über Antrag Biedenkapp:

4 Ja-Stimmen  
3 Gegenstimmen  
0 Enthaltungen

Dem Antrag des Herrn Biedenkapp wurde somit zugestimmt.

### Vorbericht

Zu Seite 9 des Vorberichtes wird auf eine redaktionelle Änderung verwiesen. Der Betrag für das Haushaltsjahr 2016 müsse lauten: + 332.723 €.

### Teilergebnishaushalte / Teilfinanzhaushalte / Investitionsmaßnahmen

#### Seite 8, Produkt 11103, Zeile 13

Bürgermeister Ide teilt die neuerlichen Schwierigkeiten für den Umzug und den Umbau des Stadtarchivs in das Industriegebiet mit. Es seien deutlich mehr Umbauten nötig als zunächst angenommen. Hierdurch sei eine weitere Kostensteigerung auf ca. 145.000 € zu erwarten. Falls auf die Anbringung einer Rampe und den Einbau einer Behindertentoilette verzichtet würde, reduziere sich der Betrag dann auf ca. 120.000 €. Der Mietvertrag sei noch nicht unterschrieben. Aufgrund der neuen Sachlage werde weiter mit dem Eigentümer verhandelt, unter anderem über die Mietdauer. Es werde auch über einen Ankauf des Gebäudes nachgedacht. Der BLUV habe die bislang für den Umbau und Umzug eingeplanten Kosten von 33.000 € mit einem Sperrvermerk versehen.

Der HFA schließt sich dem Beschluss des BLUV an, über den Betrag von 33.000 € einen Sperrvermerk anzubringen.

Herr Biedenkapp möchte wissen, inwieweit das Archivgut in dem derzeitigen Gebäude unbeschadet bleibe.

Der Bürgermeister teilt hierzu mit, die Schimmelbildung wurde gutachterlich untersucht. Derzeit bestände keine akute Gefahr für Archivgut und Menschen. Auch liegen momentan keine winterlichen Verhältnisse vor, so dass kein größerer Wassereintritt feststellbar sei. Dies würde täglich kontrolliert.

Seite 11, Produkt 11103, Maßnahme 001 – Anschaffung von Büroausstattung

Der Ansatz von 75.000 € könne auf 67.000 € reduziert werden. Der BLUV habe hier ebenfalls einen Sperrvermerk über 33.000 € angebracht.

Seite 12, Produkt 11104, Jahresbezogene Erläuterungen

Auf Befragen von Herrn Ewert teilt der Bürgermeister mit, zunächst sollen die Magistratsmitglieder mit Tabletcomputern ausgestattet werden. Hierfür seien 6.500 € veranschlagt. Man denke jedoch auch über eine Zuschussgewährung nach, d.h. die Anschaffung der Geräte erfolge privat, die Stadt leiste einen Zuschuss hierzu.

Bezüglich evtl. Wartungsarbeiten an den elektronischen Geräten hält Frau Wolf die Zuschussvariante für sinnvoller.

Herr Ewert möchte wissen, inwieweit sich durch die Anschaffung solcher Geräte die bisherige Handhabung qualitativ verbessere. Auch sollte bei einer Anschaffung der schnelle technische Entwicklungsfortschritt bedacht werden.

Der Bürgermeister sieht es als vorteilhaft an, an den Sitzungen ohne Papierausdrucke teilnehmen zu können.

Abschließend plädiert Frau Otto dafür, eine günstige und sinnvolle Lösung zu suchen.

Herr Hensel regt an, vor Anschaffung eines digitalen Jagdkatasters die Programmzulässigkeit durch die entsprechende Behörde prüfen zu lassen.

Seite 23, Produkt 11106, Zeile 1

Bürgermeister Ide teilt mit, der Ansatz für Mieterträge sei von 163.600 € auf 155.600 € zu vermindern, da eine derzeit leerstehende Wohnung im Brauhaus zunächst nicht weiter vermietet würde, sondern von dem ambulanten Pflegedienst genutzt werden solle. Bei späterer anderweiter Vermietung ständen in jedem Fall die Kosten für eine Badsanierung an.

Seite 40, Produkt 12202, Zeile 2

Frau Wolf schlägt eine Reduzierung des Ansatzes vor, da von der Absicht, in Stockhausen eine stationäre Geschwindigkeitsanlage zu installieren, wohl Abstand genommen würde.

Bürgermeister Ide spricht sich für eine Korrektur der Beträge in Zeile 2 erst zum Nachtrag 2014 aus.

Auf Befragen von Frau Otto teilt er des Weiteren mit, die für Lehnheim vorgesehenen zwei Geschwindigkeitsmessgeräte würden wohl in den nächsten 3 Monaten installiert werden.

Seite 48, Produkt 12205, Allgemein

Herr Ewert bittet um aktuellen Sachstand zur IKZ über den Zusammenschluss der Standesämter.

Der Bürgermeister verweist auf den bereits gefassten Grundsatzbeschluss. Die Personalräte würden eine Abordnung von Mitarbeitern zu einer anderen Kommune allerdings sehr kritisch sehen. Die Gemeinde Mücke habe einer Zusammenarbeit eine Absage erteilt. Die Gemeinde Reiskirchen signalisiere allerdings Interesse. Zunächst möchte man eine rechtssichere Lage abwarten. Danach werde entschieden. Ein Spareffekt könne durch weniger benötigte Lizenzen erfolgen. Das Parlament werde auf jeden Fall an der Entscheidung beteiligt.

Seite 51, Produkt 12601, Allgemein

Herr Hensel spricht sich für eine Anschaffung neuer Spinde für die FF Harbach aus. Hierzu verweist der Bürgermeister auf Seite 52, Zeile 13.

Seite 52, Produkt 12601, Zeile 13

Für Umbauarbeiten des Schulungsraumes der FF Harbach sei der Ansatz von 166.050 € auf 186.050 € zu erhöhen. Die einzelnen Maßnahmen hierzu erläutert der Bürgermeister. Gleichzeitig bittet er um weitere Eigenleistungen. Wegen der gewünschten neuen Spinde verweist er darauf, dass vom Feuerwehrstützpunkt Grünberg Spinde abgegeben werden könnten. Hierzu äußert sich Herr Hensel jedoch kritisch.

Seite 64, Produkt 12601, Maßnahme 043 – Erweiterung Feuerwehrgerätehaus Stockhausen

Herr Biedenkapp bittet um den aktuellen Sachstand.

Der BLUV habe den Betrag von 350.000 € mit einem Sperrvermerk versehen. Dem schließt sich der HFA an. Die verschiedenen Problematiken hinsichtlich zentraler bzw. dezentraler Standpunkte erläutert der Bürgermeister.

Herr Ewert spricht sich dafür aus, aufgrund des demographischen Wandels „das Ganze“ auch aus 10 jähriger Perspektive zu sehen. Wie könne man Feuerwehren gestalten, um auch in 10 bis 15 Jahren noch gut zu funktionieren.

Herr Hensel regt einen einmal jährlichen intensiven Kontakt zwischen Parlamentariern und Feuerwehr an.

Herr Finck erinnert, hierfür sei die Brandschutzkommission zuständig. Grundsätzlich begrüße er jedoch, dass eine große Lösung zur Diskussion komme.

Seite 84, Produkt 36201, Jahresbezogene Erläuterungen

Der Bürgermeister bejaht, dass bereits eine Honorarkraft für das Projekt aufsuchende Jugendarbeit zur Verfügung stehe.

Seite 95, Produkt 41201, Zeile 3

In Zeile 3 sei der Betrag von 5.600 € einzustellen, da der Krankenpflegeverein mittlerweile für 2 2/3 Fahrzeuge die Leasingraten übernehme.

Seite 95, Produkt 412021, Zeile 13

Für Fahrzeugleasingkosten sei der Betrag von 44.316 € auf 48.816 € zu erhöhen.

Seite 98, Produkt 42101, Zeile 15

Herr Biedenkapp beantragt, für die grundhafte Sanierung des Sportheimes Queckborn den Betrag von 25.000 € zu etatisieren. Herr Heßler begründet die Dringlichkeit dieser Maßnahme. Das Vereinsheim sei in einem sehr maroden Zustand. Die Betreuung der Gasheizung sei mittlerweile als gefährlich einzustufen. Das Dach weise Löcher auf. Die Eternitplatten seien mit Asbest belastet. Die Isolierung der Außenwände sei kostenintensiv. Das Vereinsheim werde stark frequentiert. Bisher wurde sehr viel ehrenamtliches Engagement geleistet.

Frau Wolf bittet um Beratungsbedarf zu diesem Antrag und schlägt daher vor, die beantragten 25.000 € mit einem Sperrvermerk zu versehen. Über die Maßnahme solle ein neuerlicher Antrag gestellt werden.

Nach Auskunft des Herrn Heßler berechne sich ein Zuschuss durch den Landessportbundes nach der Anzahl der Vereinsmitglieder.

Es wird diskutiert, in welcher Höhe andere Vereine bisher bezuschusst wurden. Der Bürgermeister verweist hierzu auf die Vereinsförderungsrichtlinien, wonach für eine Sanierung bis zu 5.000 € gewährt werden können. Dieser Betrag wurde in Vergangenheit noch nicht überschritten. Aus Gründen der Gleichbehandlung der Vereine sehe er ein großes Problem. Es wird vorgeschlagen, evtl. die Vereinsförderungsrichtlinien hinsichtlich der Grenze von 5.000 € zu ändern.

Es besteht Einvernehmen, den Ansatz in Zeile 15 von 15.800 € auf 40.000 € zu erhöhen, wobei über den Betrag von 25.000 € ein Sperrvermerk anzubringen ist.

Bürgermeister Ide spricht sich dafür aus, den Ältestenrat hierzu zu befragen.

#### Abstimmungsergebnis über den Antrag Biedenkapp:

6 Ja-Stimmen

0 Gegenstimmen

1 Enthaltung

#### Seite 100, Produkt 42401, Jahresbezogene Erläuterungen

Der Text bei den jahresbezogenen Erläuterungen sei zu streichen, da die Fehlerquelle für die Wasserverluste bei den Schweißarbeiten am Becken gefunden wurde.

#### Seite 101, Produkt 42401, Zeile 11

Der Ansatz von 68.350 € sei auf 63.050 € zu vermindern. Irrtümlich wurden hier die Sozialversicherungsbeiträge doppelt eingerechnet.

#### Seite 122, Produkt 53101, Zeile 1

Auf Befragen von Frau Gill teilt Herr Linker das derzeitige AO von 21.787,40 € mit.

#### Anmerkung der Verwaltung:

Die endgültige Abrechnung 2013 durch die OVAG steht derzeit noch aus.

#### Seite 137, Produkt 54101, Jahresbezogene Erläuterungen

Der in den jahresbezogenen Erläuterungen genannte Betrag von 248.000 € für die Straßenunterhaltung und –reparatur wird von Herrn Finck als zu gering angesehen. Er schlägt daher eine Erhöhung um 50 % vor. Im Gegenzug dazu solle der Hebesatz der Grundsteuer B um 30 Prozentpunkte auf 330 % angehoben werden.

Bürgermeister Ide bekräftigt eine Hebesatzerhöhung, da diese nach dem Haushaltssicherungskonzept ohnehin gefordert werde.

Herr Ewert versagt seine Zustimmung hierzu. Er erinnert an den Vorschlag seiner Fraktion, die Kosten für die Breitbandversorgung durch eine vorübergehende Erhöhung der Hebesätze zu kompensieren. Dieser Antrag wurde jedoch im letzten Jahr bereits abgelehnt.

Frau Otto verweist darauf, dass die Grundbesitzabgabenbescheide bereits versandt wurden. Eine nachträgliche Hebesatzänderung mit entsprechender Zustellung der Bescheide verursache weitere Kosten.

Herr Finck beantragt, den Betrag in Zeile 13 von 495.000 € um 120.000 € zu erhöhen. Dies verbinde er mit einem Finanzierungsvorschlag, indem die Hebesätze bei der Grundsteuer B um 30 % erhöht werden sollen.

**Abstimmungsergebnis über den Antrag Finck:**

1 Ja-Stimme  
5 Gegenstimmen  
1 Enthaltung

Der Antrag Finck ist somit abgelehnt.

**Seite 141, Produkt 54101, Maßnahme 005 – Neugestaltung Dorfmittelpunkt Göbelnrod**

Wegen anderweitiger Gestaltung des Dorfmittelpunktes Göbelnrod könne der Ansatz von 30.000 € auf 20.000 € vermindert werden. Der BLUV habe den vorhandenen Sperrvermerk daher herausgenommen.

**Nach Seite 142, Produkt 54101, Maßnahme 013 – Straßenendausbau „Am Heiligenstock II“ Queckborn**

Herr Finck schlägt vor, den Straßenendausbau „Am Heiligenstock II“ in Queckborn von der Eventualliste „investiv“ in den Haushalt 2014 zu nehmen. Die Anlieger wünschen einen „Fast-Endausbau“, d.h. die feine Deckschicht solle erst nach Ausbau des 3. Bauabschnittes aufgebracht werden.

Herr Hensel sieht eine Kostensteigerung darin, den Endausbau in zwei Etappen über Jahre verzögert, vorzunehmen. Er spricht sich dafür aus, entweder einen baldigen Endausbau vorzunehmen oder komplett abzuwarten.

Aus Sicht der Erschließungsbeitragsabrechnung spricht sich Herr Linker für einen endgültigen Ausbau aus, da ansonsten eine Beitragsabrechnung nicht stattfinden könnte.

Herr Finck erweitert dahingehend seinen Antrag, die Maßnahme aus der Eventualliste in den Haushalt zu nehmen und einen endgültigen Endausbau vorzunehmen.

**Abstimmungsergebnis Antrag Finck:**

5 Ja-Stimmen  
0 Gegenstimmen  
2 Enthaltungen

**Seite 144, Produkt 54101, Maßnahme 025 – Straßenendausbau „Am Gießener Weg“**

Der Ansatz von 340.000 € sei auf 368.000 € zu erhöhen. Es handele sich um Kosten für die Installation der Straßenbeleuchtung.

**Seite 147, Produkt 54101, Maßnahme 039 – Ausbau Gehweg entlang Lauterer Straße zwischen Neustadt und Mühlenweg**

Herr Ewert beantragt die Streichung des Ansatzes von 50.000 €. Er bezweifelt die Notwendigkeit dieser Maßnahme unter diesen finanziellen Bedingungen.

Herr Hensel sieht auch keine Notwendigkeit für die Maßnahme.

Bürgermeister Ide spricht sich für die Beibehaltung der geplanten Maßnahme aus.

Frau Otto bittet um Zurückstellung dieses Beschlusses bis zum 21.01.2014, da sie zunächst eine Inaugenscheinnahme vornehmen möchte.

**Seite 167, Produkt 55102, Zeile 11**

Der Ansatz von 65.050 € könne auf 63.050 € vermindert werden, da auch hier die Sozialversicherungsbeiträge versehentlich doppelt eingerechnet wurden.

Es besteht Einvernehmen, die Sitzung um 22:00 Uhr zu beenden und in der nächsten Sitzung am 21.01.2014 ab Seite 172 weiter zu beraten.

Beschluss:

Es erfolgt keine Beschlussfassung.

Abstimmungsergebnis:

Ohne Abstimmung